

## Der Klimawandel trifft vor allem die sozial Schwächsten

Ralph Wilhelm, Öffentlichkeitsarbeit, PT im DLR,  
[Koordinationsstelle Wissenschaft und Gesellschaft](#)  
Email: [ralph.wilhelm@dlr.de](mailto:ralph.wilhelm@dlr.de)

**Ein Forschungsprojekt an der Freien Universität Berlin untersucht die Einflussfaktoren, welche die Anfälligkeit (Vulnerabilität) von gesellschaftlichen Gruppen gegenüber den Folgen des Klimawandels bestimmen. In Entwicklungsländern sind nicht alle Menschen gleichermaßen betroffen: Die Folgen solcher Krisen werden vielmehr durch vorhandene soziale Ungleichheiten verstärkt.**

Das Klima verändert sich, und menschliche Aktivitäten tragen in erheblichem Umfang dazu bei: Dies ist nach dem jüngsten Klima-Bericht der Vereinten Nationen, erarbeitet vom internationalen IPCC-Wissenschaftsgremium, eine nicht mehr zu bestreitende Feststellung. Doch wen trifft dieser Wandel am stärksten? Schon ist von "Verlierern" und "Gewinnern" der klimatischen Veränderungen die Rede. Häufig wird darauf verwiesen, dass bestimmte Regionen der Erde unter dem Klimawandel am stärksten leiden werden. Dies gilt insbesondere für Entwicklungsländer in den tropischen Zonen, nicht zuletzt weil dort die Volkswirtschaften und die staatlichen Institutionen schwach ausgeprägt sind. "Die zentrale Frage müsste aber eigentlich lauten: Welche Personengruppen - und nicht welche Länder - werden von der Entwicklung besonders betroffen sein", betont Kristina Dietz vom Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Die Wissenschaftlerin hat im Rahmen des Projektes "Global Governance und Klimawandel" soziale, politische und sozioökonomische Aspekte eines sich verändernden Klimas untersucht. Ihr Fazit: In den so genannten "betroffenen Ländern des Südens" verteilen sich die Folgen keineswegs gleichmäßig: "Vielmehr sind die Menschen, die schon bisher sozial besonders schlecht gestellt waren und gleichzeitig oft den geringsten politischen Einfluss besitzen, auch besonders verletzlich gegenüber den Folgen des Klimawandels." Das Projekt richtet seine Forschung daher stärker auf jene Faktoren aus, welche die Anfälligkeit (Vulnerabilität) der Menschen gegenüber Krisen bestimmen, anstatt - wie gemeinhin üblich - vor allem die nationalen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen zu untersuchen. Das Projekt "Global Governance und Klimawandel" ist Teil des Forschungsschwerpunktes "Sozial-ökologische Forschung" (SÖF), den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingerichtet hat und seit 2001 fördert.

Kristina Dietz hat exemplarisch Untersuchungen in zwei betroffenen Ländern - Tansania und Nicaragua - durchgeführt und dabei Akteure und Betroffene auf verschiedenen Ebenen – international, national, regional, kommunal - befragt. Tansania gehört zu den ärmsten Nationen der Erde (Least Developed Countries, LDC); infolge des Klimawandels werden hier zunehmende

Dürren im Landesinneren sowie Überflutungen an der Küste erwartet. In Nicaragua wird es voraussichtlich an der Pazifikküste trockener, während die Atlantikseite vermehrt unter Wirbelstürmen leiden wird.

In beiden Ländern sind, so stellte Kristina Dietz fest, die politischen Prozesse zur Anpassung und Abfederung des Klimawandels vorwiegend auf der nationalen Ebene angesiedelt: Klimapolitische Ansätze werden vorwiegend von der Zentralregierung nach internationalen Vorgaben gestaltet. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei vor allem mögliche Auswirkungen in volkswirtschaftlich relevanten Sektoren, etwa in der Wirtschaft allgemein, dem Agrarsektor oder dem Energiesektor. Anpassungs-Strategien werden - wenn überhaupt - vor allem in technologischen Maßnahmen gesucht, zum Beispiel in moderner Bewässerungsinfrastruktur sowie im Einsatz von trocken-resistentem Saatgut oder chemischen Düngemitteln.

Die Untersuchung zeigt jedoch, dass derartige Strategien die ungleiche Wohlstandsverteilung sowie ungleiche Zugangsbedingungen zu sozialen Sicherungssystemen und Basisgütern, wie z.B. Wasserversorgung innerhalb dieser Länder noch vertiefen. So ist beispielsweise resistentes Saatgut teuer und nur sehr eingeschränkt für ländliche Kleinbauern und -bäuerinnen erschwinglich. Gleichzeitig haben arme und gesellschaftlich marginalisierte Bevölkerungsschichten schon auf der lokalen Ebene kaum Zugang zu den politischen Entscheidungsprozessen. "Geringe soziale Stellung und fehlende politische Einflussnahme sind in der Regel eng miteinander verknüpft", so Kristina Dietz. Diese Aspekte sollten daher nach ihrer Ansicht in der Vulnerabilitätsforschung eine größere Rolle spielen.

Zu dem SÖF-Projekt "Global Governance und Klimawandel" gehören vier weitere Forschungsperspektiven, die sowohl verschiedene Ebenen des politischen Prozesses als auch unterschiedliche Regionen der Erde im Visier haben. So erforscht ein Teilprojekt die Einflussmöglichkeiten und -kanäle unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen und Akteure auf die globale Klimapolitik. Ein weiteres Projekt untersucht die deutsche Politik zu erneuerbaren Energien in dem komplexen internationalen energiepolitischen Spannungsfeld. Die dritte Untersuchung richtet sich auf die Bedeutung verschiedener Formen von Bürgerbeteiligung auf der lokalen Ebene sowie Möglichkeiten und Bedingungen der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins. Eine weitere Untersuchung konzentriert sich auf das individuelle Klimabewusstsein als wesentliche Voraussetzung für klimaschützendes Handeln.

Das gemeinsame Ziel des Forschungsprojektes ist es, über die Integration dieser verschiedenen, sich wechselseitig bedingenden Teilaspekte den Blick für die "Blinden Flecken" gegenwärtiger globaler Klimapolitik zu öffnen. Diesem Thema ist auch am 16. Februar 2007 eine internationale Fachtagung mit dem Titel "Blind Spots of Global Climate Governance" gewidmet, die das Projekt in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung in Berlin ausrichtet. Schwerpunkte der Tagung sind dabei der öffentliche Klimadiskurs und die Rolle der Medien, Gerechtigkeitsfragen aus einer Nord-Süd-Perspektive, Demokratiedefizite in der globalen Klimapolitik sowie Aspekte der Energiesicherheit im Spannungsfeld von Erneuerbaren Energien und Geostrategien.

Abschließend sollen die zukünftigen Herausforderungen einer nachhaltigen Klimapolitik erörtert werden.

Folgende Forschungseinrichtungen sind an dem Projekt beteiligt:

- FU-Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
- Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG) an der TU Berlin
- Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin.

**Kontakt:**

Kristina Dietz

FB Politik- und Sozialwissenschaften

FU Berlin

Tel. 030-838-70710

krdietz@zedat.fu-berlin.de

**Weitere Informationen:**

<http://www.globalgovernance.de> - Informationen zum Projekt und zur Tagung